

## Minister Goll gibt eine seiner Waffen ab

**Selbstschutz** Der FDP-Politiker sagt, er brauche die Pistole nicht mehr. Von Andreas Müller

Justizminister Ulrich Goll (60) ist neuerdings nicht mehr doppelt bewaffnet, sondern nur noch einfach. Monate nach der Diskussion über seinen Waffenbesitz hat sich der FDP-Politiker von einer seiner beiden Waffen getrennt. Entsprechende Angaben Goll bei einem Termin in seinem Wahlkreis bestätigte jetzt ein Sprecher des Justizministeriums. Der Ressortchef habe die großkalibrige Waffe – einen Neun-Millimeter-Pistole – abgegeben, weil er sie nicht benötige. Er verfügt aber weiterhin über einen Revolver vom Kaliber 22, den er auch behalten will.

Goll hatte seinen Waffenbesitz im Frühjahr 2010 überraschend bei einer Pressekonferenz der Landesregierung offenbart, bei der es um eine Amnestie zur freiwilligen Rückgabe illegaler Waffen ging. Er verzichtete bewusst auf Personenschutz durch die Polizei, wolle aber zum Schutz seiner Familie vor allem im häuslichen Bereich auf die Pistole und den Revolver zurückgreifen können, sagte er zur Begründung. Hintergrund seien wiederholte Drohungen, die er seit seinem Amtsantritt als Justizminister im Jahr 1996 erhalte.

Mit seinem überraschenden Bekenntnis machte Goll bundesweit Schlagzeilen und löste im Land vielfältige Kritik aus. Neben der Initiative von Eltern, deren Kinder beim Amoklauf von Winnenden ums Leben gekommen waren, zeigte sich vor allem die Opposition irritiert. SPD und Grüne forderten den FDP-Minister wiederholt auf, die Waffen abzugeben. Das lehnte er jedoch kategorisch ab. Solange er im Amt sei, wolle er für den Fall eines Angriffs beide Waffen behalten und „nicht auf das Gefühl der Sicherheit verzichten“.

Was ihn inzwischen bewog, die Pistole abzugeben, war nicht zu erfahren. In einem Interview hatte Goll einst gesagt, man könne „auch mit einer Kleinkaliberwaffe durch Türen schießen“. Er halte den Revolver „für mindestens so gefährlich“ wie die großkalibrige Waffe. Den Besitz der Waffen hatte sich der Politiker von seinem eigenen Ministerium genehmigen lassen. Bei der Polizei machte er nach eigenen Angaben regelmäßig Schießübungen.

Der Grünen-Abgeordnete Hans-Ulrich Sckerl sagte, Golls Erkenntnis komme „neun Monate zu spät“ und sei für ihn „nicht glaubwürdig“. Konsequenz wäre es, beide Waffen abzugeben. Die Entscheidung des Ministers zeuge offenbar nicht von einer wirklichen Läuterung, sondern habe eher mit den Wahlaussichten der FDP zu tun, mutmaßte Sckerl.



Auf das „Gefühl der Sicherheit“ durch seinen Revolver will Justizminister Goll nicht verzichten. Foto: dpa

## Lebenslanges Lernen als Angebot

**Serie (3)** Die Landtagskommission zur beruflichen Bildung hat viele Ideen entwickelt. Wir stellen einige davon vor – heute geht es um die Weiterbildung. Von Renate Allgöwer

Einmal eine Lehre zu machen, genügt längst nicht mehr, um den künftigen Anforderungen der Berufswelt zu genügen. Die Enquetekommission des Landtags zur beruflichen Bildung hat folglich zehn ihrer 53 Handlungsempfehlungen der Weiterbildung gewidmet. „In einer zunehmend alternden Gesellschaft mit immer kürzeren technologischen Innovationszyklen gewinnt das lebenslange Lernen zunehmend an Bedeutung“ befinden die Mitglieder der Kommission.

Das ist längst noch nicht allen Beschäftigten klar. Stefan Teufel, der CDU-Obmann in der Kommission hebt hervor, „wir müssen uns stärker den bildungsfernen Schichten zuwenden“. Es sollen nicht immer die Gleichen immer mehr Fortbildungen machen. Vielmehr fordert die Kommission die Landesregierung auf, ein Förderprogramm für weiterbildungsferne Gruppen aufzulegen. Im Blick hat die Enquete dabei Migranten, An- und Ungelernte sowie Menschen ohne Schulabschluss. Auch in kleineren und mittleren Unternehmen sehen die Parlamentarier Nachholbedarf in Sachen Weiterbildung.

Um diese Zielgruppen zu erreichen, müsse anders informiert werden. Die Kommission schlägt aufsuchende Weiterbildungsberatung beispielsweise am Arbeitsplatz vor. Das Konzept sollte sich auf bestimmte Förderlinien beschränken, zum Beispiel auf die Alphabetisierung. Die Programme sollten regelmäßig evaluiert und angepasst werden.

Die Weiterbildung war der SPD ein besonderes Anliegen. Ihr Obmann Christoph Bayer beklagt, die Beteiligung an Weiterbildungen sei viel zu gering und betont: „Weiterbildung ist ein öffentliches Gut, wir sehen mit Sorge die schleichende Privatisierung.“ SPD und Grüne wollen den Trend zu immer mehr privaten Angeboten stoppen und machen sich für eine höhere Grundförderung der Weiterbildung stark. In einem Minderheitenvotum fordern sie, dass das Land seinen Zuschuss von 5,8 Prozent für Weiterbildungseinrichtungen „stufenweise, aber rasch auf den Bundesdurchschnitt von 13,6 Prozent anhebt“.

Die SPD verlangt außerdem ein flächendeckendes Angebot für das Nachholen von Schulabschlüssen, die Grünen beschränken sich dabei auf Hauptschulabschlüsse. Die SPD macht sich für einen Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub stark.

Die gesamte Kommission empfiehlt der Regierung, neue Methoden der Weiterbildung zu nutzen. E-Learning und die Nutzung interaktiver Elemente des Internets sollten gefördert werden. Das Weiterbildungsportal [www.fortbildung-bw.de](http://www.fortbildung-bw.de) sollte fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Die Abgeordneten setzen sich für ein Netzwerk der Weiterbildungsberatung ein. Darin sollten bestehende Beratungsstellen verbunden und regionale Lösungen angestrebt werden. Die Kommission erwartet, dass Doppelstrukturen vermieden werden.

Eine besondere Rolle käme den beruflichen Schulen zu. Sie sollen „in Abstimmung mit der Wirtschaft“ mittel- und längerfristig stärker in die Fort- und Weiterbildung einsteigen und sich als regionale Kompetenzzentren der Weiterbildung etablieren. Das könnte langfristig auch die ländlichen Schulstandorte sichern.



Wer im Computerkurs für Senioren lernt, hat die berufliche Weiterbildung zwar hinter sich, das lebenslange Lernen bleibt aber für alle ein Thema. Foto: dpa

### EMPFEHLUNGEN FÜR JAHRZEHNTE

**Mitglieder** Der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ des Landtags gehörten elf Landtagsabgeordnete und vier externe Sachverständige an. Die CDU entsandte sechs Abgeordnete, die SPD drei, Grüne und FDP jeweils einen. Die externen Mitglieder

waren Marion von Wartenberg (DGB), Dieter Euler vom Institut für Wirtschaftspädagogik der Universität St. Gallen, Waldemar Futter vom Berufsschullehrerverband und Michael Ruf (ZF Friedrichshafen).

**Zeiträume** Die Kommission trat zwischen dem 19. November 2009 und dem 9. Dezem-

ber 2010 zwölfmal zusammen. Für die Verwirklichung ihrer Empfehlungen hat sie einen Zeitraum bis zum Jahr 2030 im Blick. Schon 2011 können die ersten Beschlüsse gefasst und umgesetzt werden. Im Landeshaushalt stehen zehn Millionen Euro für die Umsetzung von Empfehlungen der Enquetekommission bereit. *ral*

Die traditionellen Träger müssen sich um ihre Grundförderung nicht sorgen, versichert Andrea Krueger, die Vorsitzende der Kommission. Die Grundförderung solle verlässlich geregelt werden. Dass die Kommission eine institutionelle Grundförderung für notwendig hält, bewertet Hermann Huba, der Direktor des Volkshochschulverbands durchaus positiv. Eine an die Teilnehmer gekoppelte Förderung hätte, „ein qualitativ hochwertiges, flächendeckendes Weiterbildungsangebot in Baden-Württemberg nicht zu sichern ver-

mocht“, erklärt Hermann Huba. Wie die SPD und die Grünen kritisiert auch der Volkshochschulverband, dass die Höhe der Förderung mit 5,8 Prozent der Gesamtfinanzierung „deutlich hinter den Erwartungen der Träger zurückbleibt“.

In unserer dreiteiligen Serie stellen wir einige der 53 Handlungsempfehlungen der Landtagskommission zur beruflichen Weiterbildung vor. Bisher erschienen: die Ausbildungsreihe (31. Dezember), die Beruflichen Schulen (5. Januar). Die Serie endet heute mit der Weiterbildung.

## Die Statistiker warnen sogar vor Leerstand

**Wohnfläche** Die Bevölkerung schrumpft, deshalb gibt es oft mehr Platz. Von Thomas Breining

Die Menschen in Baden-Württemberg nehmen sich immer mehr Platz zum Wohnen. 42,7 Quadratmeter kamen 2009 auf jeden Einwohner. Die Zahlen für 2010 liegen noch nicht vor. Das waren, so hat das Statistische Landesamt ausgerechnet, 3,2 Quadratmeter mehr als 1998. Das hat damit zu tun, dass neuerdings die Bevölkerung im Südwesten zwar abnimmt, aber nach wie vor gebaut wird.

Beides geschieht beileibe nicht gleichmäßig. So geht im Stadtkreis Baden-Baden zum Beispiel die Einwohnerzahl besonders stark zurück; der Bautätigkeit tut das aber kaum Abbruch. Im Ergebnis ist dort der Zuwachs an Wohnfläche besonders groß. Sie beträgt 52,2 Quadratmeter pro Kopf. Das sind fast zehn Quadratmeter mehr als im Landesdurchschnitt und fast 16 Quadratmeter mehr als im Stadtkreis Freiburg je Einwohner zur Verfügung stehen – ein veritables Zimmer. Dabei ist dort sogar noch mehr gebaut worden als in Baden-Baden; die Bevölkerungszunahme ist freilich in Freiburg mit mehr als einem Prozent so hoch wie nirgends sonst im Land. Unter dem Strich führt das dazu, dass die Wohnfläche pro Kopf an der Dreisam leicht sinkt.

Das ist in Heilbronn, Ulm und im Landkreis Tübingen genauso. Auch dort ist die Einwohnerzahl gewachsen, was es sonst nur noch in 15 der 44 Stadt- und Landkreise des Landes gab. Mit Ausnahme von Baden-Baden ist die Entwicklung der Wohnflächen in den Stadtkreisen unterdurchschnittlich. Dort sitzt man am engsten aufeinander. In Stuttgart kommen auf jeden Landeshauptstädter 37 Quadratmeter, in Heidelberg sind es 38,2 Quadratmeter je Einwohner, in Ulm 38,6. Karlsruhe bietet mit 40 Quadratmetern noch am meisten Raum zur urbanen Selbstentfaltung. In den Städten nimmt die Bevölkerung eben auch noch zu – Ausnahme neben Baden-Baden ist aber Pforzheim.

Auf dem flachen Land, im Main-Tauber-Kreis zum Beispiel oder im Neckar-Odenwald-Kreis oder auch im Landkreis Waldshut, muss man sich nicht mit weniger als 46 Quadratmeter zum Wohnen zufriedengeben. Und es wird eher noch mehr, denn dort nimmt die Bevölkerung ab. Das Fazit der Landesstatistiker: „In Kreisen, in denen trotz Bevölkerungsrückgangs eine starke Bautätigkeit zu verzeichnen ist, kann es zu einer Überversorgung mit Wohnraum und damit verbunden zu anhaltenden Leerständen kommen.“

### Krankenkassenerhebung

## Schwangere lassen das Rauchen oft sein

Immer mehr Schwangere in Baden-Württemberg verzichten aufs Rauchen. Von 2001 bis 2009 nahm der Anteil der werdenden Mütter, die täglich zur Zigarette griffen, von 9,4 Prozent auf 5,7 Prozent ab, teilte die Techniker Krankenkasse (TK) in Stuttgart mit. Im vergangenen Jahr rauchten rund 5000 von knapp 87 000 schwangeren Frauen in Baden-Württemberg.

„Statistisch gesehen greift jedoch immer noch jede 17. schwangere Frau zur Zigarette, was mit erheblichen Risiken für das ungeborene Leben verbunden ist“, sagte Andreas Vogt, der Leiter der TK-Landesvertretung Baden-Württemberg. Babys von Raucherinnen wiegen den Angaben nach 200 bis 250 Gramm weniger als Neugeborene von Nichtraucherinnen. Zudem führt das Rauchen während der Schwangerschaft zu mehr Fehl- und Frühgeburten. Die Gefahr eines plötzlichen Kindstods sei doppelt so hoch. *dapd*

### Berufsschule

## Weniger Schüler

In Baden-Württemberg besuchen immer weniger Schüler eine Berufsschule. Im laufenden Schuljahr 2010/2011 gehen rund 7400 weniger Schüler auf eine öffentliche berufliche Schule als im Jahr zuvor, teilte das Statistische Landesamt mit. Insgesamt seien es 369 500 Berufsschüler. *dapd*

### Kontakt

**Redaktion Landespolitik**  
Telefon: 07 11/72 05-11 81  
E-Mail: [suedwest@stz.zgs.de](mailto:suedwest@stz.zgs.de)

Weitere Nachrichten aus Baden-Württemberg finden Sie auf SEITE 23

## Der Bauer lebt nicht mehr vom Feld allein

**Agrarbilanz** Die baden-württembergischen Landwirte sind bundesweit Schlusslicht beim Einkommen. Von Heinz Siebold

Die Bauern im Land haben im Wirtschaftsjahr 2010 – es dauert jeweils vom 1. Juli bis zum 30. Juni – wieder weniger verdient als in den Jahren zuvor. Das Einkommen pro Familienarbeitskraft sank um sechs Prozent auf durchschnittlich 1438 Euro pro Monat. Ein Hof erwirtschaftet im Jahr (mit durchschnittlich 1,67 Arbeitskräften) um die 29 200 Euro. Die Bauern im Südwesten stehen bundesweit am Ende der Einkommensskala – im Schnitt 1831 Euro pro Monat – und arbeiten pro Person auch weit unter dem durchschnittlichen Vergleichslohn der Industrie von 2350 Euro. Diese Zahlen gab der Präsident des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes (BLHV), Werner Rappke, in Freiburg bekannt.

Besonders stark sind den Angaben des Bauernverbandes zufolge die Einkommen der Ackerbaubetriebe gesunken (um 22 Prozent), auch die Wein- und Obstbauern mussten Einbußen hinnehmen (14 Prozent). Die Milchbauern konnten die Verluste durch Preissteigerungen im ersten Halbjahr 2010 einigermaßen ausgleichen, Veredelungsbetriebe mit Schweinehaltung konnten ihre Ergebnisse stabil halten. Der

Rückzug aus der Landwirtschaft hält an, in den letzten zehn Jahren ist die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe über drei Hektar um 16 000 oder 24 Prozent zurückgegangen. Jeder dritte Hof sei derzeit ohne Nachfolger, berichtete der badische Bauernpräsident. Landwirtschaft in schwer zugänglichen Höhenlagen des Schwarzwaldes hat mit größeren Problemen zu kämpfen als in flachen Landstrichen.

Dabei wäre das Einkommen der Bauern noch geringer, würde man nur das aus landwirtschaftlicher Tätigkeit im engeren Sinne taxieren: Landwirte leben derzeit zu zwei Dritteln (genau: 67 Prozent) von Ausgleichszahlungen, also dem, was man gemeinhin Agrarsubventionen bezeichnet, die letztlich durch die Europäische Union festgelegt werden. Die Bauernverbände halten die Direktzahlungen weiterhin für unverzichtbar und dadurch gerechtfertigt, dass Landwirte dafür gesellschaftliche Dienstleistungen erbringen und etwa dem Tourismus und der Freizeitgesellschaft unhinterfragt Nutzen verschaffen: Idyllische Schwarzwaldwiesen mit Kühen würde es ohne Ausgleichszahlungen nicht mehr geben, die Landschaft selbst bliebe

sonst nicht mehr offen, sondern würde mit Büschen und Bäumen zuwachsen.

Die Landwirte selbst haben verstanden, dass ihre Betriebe mehrere Geschäftszweige brauchen. „Wer will und wer sich was einfallen lässt, der kommt über die Runden“, sagt Eckhard Schmieder, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Höhenlandwirtschaft. Der 57-jährige Schwarzwälder bewirtschaftet im Kinzigtal in der Ortenau einen Hof, der bereits seit dem 13. Jahrhundert besteht. Schmieder hat über 100 Milchkühe und Mastkälber, aber er verkauft auch feine selbst gebrannte Schnäpse und im Winter Weihnachtsbäume und Zweige von Weißtannen bis in die Schweiz. Sein Kollege Ulrich Müller hat in einem anderen Seitental des Kinzigtals bei Fischerbach ebenfalls einen uralten, aus dem 16. Jahrhundert stammenden Hof geerbt und hat die Diversifizierung so weit vorangetrieben, das die „Nebeneinkünfte“ aus edlen Bränden, Holzofenbrot, Ferienwohnungen und Weihnachtsbäumen mit der Rinderzucht mithalten kann.

Außerdem haben sowohl Schmieder als auch Müller etliche Hektar Wald, und da die Holzpreise deutlich gestiegen sind, „macht Waldbesitz derzeit richtig Spaß“, sagt Schmieder. Müller verarbeitet außer-

dem Kleinholz und Äste in einer Holzvergasungsanlage zum Erzeugen von Wärme, andere Bauern erzeugen mit Fotovoltaikdächern auf Wohnhäusern und Ställen und mit Biomasseanlagen Ökostrom und speisen ihn ins Netz ein.

Bauernpräsident Werner Rappke weist gerne auf solche Musterlandwirte, wenn er „verlässliche Rahmenbedingungen“ für die Landwirtschaftspolitik verlangt und Kürzungen der Direktzahlungen ablehnt. Vielmehr solle die Politik auf allen Ebenen den Bauern helfen, wenn es um zusätzliche Wertschöpfung geht und ihnen nicht neue Knüppel zwischen die Beine werfen. Genau dies aber sei bei den Weihnachtsbäumen zu befürchten. Weil das Land den Kommunen neuerdings ein Satzungsrecht für die Ausweisung von „Gebieten ohne Weihnachtsbaumkulturen“ einräume, sägten die Gemeinden den Landwirten den winterlichen Zusatzdienst wieder ab, weil sie fälschlicherweise dächten, die Bauern selbst seien es, die die Landschaft verwaldeten. Das jedoch sei nicht der Fall, betont der Freiburger Forstpräsident Meinrad Joos. Darüber, dass nicht unter der Hand Feld zu Wald werde, wache seine Verwaltung mit Argusaugen. – Der Letzte macht das Licht aus SEITE 24